

Christlicher Textilarbeiter

Centralorgan für Deutschland.

Gott und unser Recht!

Verantwortl. Redakteur: E. M. Schiffer in Düsseldorf,
Corneliusstraße 66. Telefon-Nr. 4423.
Berichte und sonstige Beiträge sind bis Montags abends an die
Redaktion in Düsseldorf einzusenden.

Anzeigen kosten die gespaltene Petitzeile 20 Hg. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt.
Beilagen werden mit 5 Hg. das Laufende berechnet.
Postzeitungsliste Nr. 1649.

Der „Christliche Textilarbeiter“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich 75 Hg.; durch die Post bezogen 80 Hg. Expedition, Druck und Verlag von Joh. van Aken in Krefeld, Luth. Kirchstraße 65. Telefon-Nr. 1358.

7. Jahrgang.

Krefeld, Samstag, 8. April 1905.

Nr. 14.

An die Ortsgruppen-Vorstände!

Die Abrechnungen pro I. Quartal 1905 möge man gest. umgehend, spätestens jedoch bis zum 15. d. Mts. den Bezirkskassierern einsenden.

Sobald sei darauf aufmerksam gemacht, daß st. Beschluß des Verbandsauschusses die

Anzeigen im Versammlungskalender regelmäßig die äußerst mögliche Kürzung erfahren müssen. Für jede Anzeige soll nur eine Zeile in Anspruch genommen werden. Die Ortsgruppen wollen dies gest. beachten und die erforderliche Agitation für die Versammlungen am Orte selbst betreiben, sei es durch Laufzettel, Flugblätter, Lokalpresse oder Gummiempfindungsdruck auf das Organ usw. Wir erinnern nochmals daran, daß sämtliche Abonnements auf das „Centralblatt“ bei der Post gesehen müssen.

Der Zentralvorstand.
J. B.: E. M. Schiffer.

Die IV. ordentliche Verbandsauschusssitzung.

II.

Es dürfte weder angängig noch erforderlich sein, den neuen Verbandsstatut im einzelnen wiederzugeben. Wir beschränken uns daher darauf, die Beschlüsse über wichtigere Fragen nebst den erforderlichen Erläuterungen zu veröffentlichen.

Der Titel des Verbandes

Soll nach wie vor lauten: „Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands“. Hierzu lag ein Antrag des Kollegen Negerle-Forsk i. V. vor, man möge beschließen, den Titel wie folgt zu ändern: „Zentralverband christlich-nationaler Textilarbeiter Deutschlands“. Der Antrag wurde nach kurzer Debatte mit der Motivierung abgelehnt, daß die Ergänzung des Titels durch das Wort „national“ wohl überflüssig sei. Die nationale bzw. geschlechtliche Grundlage des Verbandes sei ja in § 2 ausdrücklich betont. Die christlichen Arbeiter hätten auch eine nationale (vaterländische) Bestimmung.

Der interkonfessionelle und politisch neutrale Charakter des Verbandes

§ 2) wurde selbstverständlich bestätigt. Kollege Giesberts-M. Glabbach regte indessen eine präzisere Fassung des Abs. 2 an lautend: „Die Erörterung konfessioneller und parteipolitischer Fragen ist ausgeschlossen“. Diese Fassung wurde einstimmig genehmigt, indem seitens des Vorsitzenden Schiffer hervorgehoben wurde, daß Parteipolitik jeder Art zwar ausgeschlossen aber die Förderung der Sozialpolitik bis zu einem gewissen Grade mit zu den Aufgaben der christlichen Gewerkschaften gehöre.

Giesberts-M. Glabbach schloß sich dem an und führte zu dieser Frage u. a. folgendes aus: Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, die Landarbeiterfrage, das Vergrecht u. dergl. seien alles Fragen, die zwar in die Politik hineinspielen, aber nicht parteipolitischer Art seien, sondern mit vielen anderen Fragen in das Gebiet der Sozialpolitik gehören. Es sei nicht zu umgehen, daß die Organisationen zu derartigen Fragen Stellung nehmen. — Auch müsse unbedingt dafür gesorgt werden, daß christliche Arbeiterführer in die Parlamente gewählt würden. Diese aus dem praktischen Arbeiterleben hervorgegangenen Männer könnten dann die Arbeiterforderungen vertreten. Man könne heute mit dem sozialpolitischen Verständnis unserer bürgerlichen Parteien nicht zufrieden sein. Er (Redner) betone indessen, von Mißverständnissen vorzubeugen, ausdrücklich, daß es ganz gleichgültig sei, mit Hilfe welcher Partei die Arbeiterkandidaten in die Parlamente gebracht würden. Darum habe die Gewerkschaft sich nicht zu kümmern, nur dürfe diese Partei mit unseren Grundprinzipien nicht kollidieren. Auf eine Anfrage betont Herr Giesberts, daß es selbstredend einem einem gewählten Arbeiter freistehe, ob er sich überhaupt einer politischen Partei anschließe und welcher Partei. Diese Fragen gehören nicht in die Gewerkschaften hinein, aber wir dürfen es ruhig aussprechen, daß wir mehr Arbeiter in den gesetzgebenden Körperschaften behufs Vertretung unserer gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Arbeiterforderungen wünschen.

Es sei die Absicht des Vorstandes freudig zu begrüßen, durch Anstellung eines befähigten Redakteurs und eines Zentralkassierers den Zentralvorständen zu entlasten, damit demselben eine freiere Bewegung ermöglicht werde. Der Ausschluß des Gesamtverbandes habe den Kollegen Schiffer zum ersten Vorsitzenden gewählt. Bei der fortschreitenden Entwicklung der Bewegung und den erhöhten Aufgaben des Gesamtverbandes sei es nicht zu umgehen, daß der Vorsitzende in der Zukunft auch für unsere Gesamtbewegung tätig sei.

In einer kurzen Erörterung über die Frage, ob ein freigestellter Gewerkschaftsbeamter auch für das Parlament kandidieren dürfe, wurde festgestellt, daß der Ausschuß des Gesamtverbandes diese Frage vor zwei Jahren einstimmig hinsichtlich ihrer prinzipiellen Seite bejaht habe. Ebenso habe unser Verbandsauschluß die materielle Seite der Frage durch einen Mehrheitsbeschluß z. Bt. in zustimmendem Sinne (in einem Falle) entschieden. So lange diese Beschlüsse nicht durch andere ersetzt würden, behielten sie selbstredend Gültigkeit.

In welche Ortsgruppe gehören die Mitglieder?
Von Seiten des Kollegen Drießen-Betrath wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß oft Differenzen über diese Frage entstehen. Die Ortsgruppen gerieten hier und da in „Grenzzeitigkeiten“, indem manchmal Mitglieder derjenigen Ortsgruppe angehören wollten, in welcher sie beschäftigt sind, aber nicht derjenigen, in deren Gebiet sie wohnen. Hin und wieder finde man bei der Kleinagitation auch Drückberger, die fälschlich behaupteten, dieser oder jener Ortsgruppe anzugehören. Hier müsse Remedur geschaffen werden. Lenjing-Borcholt und Reich-Krefeld unterstützten diese Anregung, und der Verbandsauschluß beschloß folgende statutarische Bestimmung (siehe § 5 Abs. 2 letzter Satz):

„Die Mitglieder gehören in der Regel derjenigen Ortsgruppe an, in deren Gebiet sie wohnen; in strittigen Fällen entscheidet der Zentralvorstand darüber, welcher Gruppe das betr. Mitglied zugeteilt wird.“

Die Rechte und Pflichten der Mitglieder
sind im allgemeinen die alten geblieben. An den diesbezüglichen statutarischen Vorschriften hat der Verbandsauschluß — abgesehen von der Beitragserhöhung — nur unwesentliche Veränderungen vorgenommen. Noch wichtiger als früher ist wegen der einzuführenden obligatorischen Krankenunterstützung die **pärtsliche Zahlung der Beiträge**. Wer sein Quittungsbuch nicht in Ordnung hat, kann keinen Anspruch auf die Unterstützungen des Verbandes erheben. Neu ist die Bestimmung, daß die Beitragszahlung ruht, wenn Krankheit oder Arbeitslosigkeit von mindestens einwöchentlich Dauer eintritt. Die bei größeren Streiks oder Ausperrungen vom Zentralvorstand ausgeschriebenen Ertragsbeiträge gelten in solchen Fällen für alle Mitglieder als Pflichtbeiträge.

Die Organisation und Verwaltung
des Verbandes wird infolgedessen eine andere, als die bisherigen Instanzen: Verbandsauschluß und Bezirksgeneralversammlungen in Wegfall kommen. Die Generalversammlung (anstelle der bisherigen Verbandsauschusssitzung) wird die oberste und in allen strittigen Fragen maßgebende Instanz des Zentralverbandes werden. Sie soll in der Regel alle zwei Jahre stattfinden und setzt sich zusammen aus dem Zentralvorstand und Delegierten, die in den einzelnen Wahlbezirken von den Mitgliedern in direkter Wahl gewählt werden. Die Abgrenzung der Wahlbezirke nimmt der Zentralvorstand von Fall zu Fall vor, indessen wird in der Regel auf etwa 500 Mitglieder ein Delegierter entfallen. Die ordentlichen Generalversammlungen werden drei Monate vor ihrer Tagung durch den Zentralvorstand im Verbandsorgan einberufen. Das Recht, zur Generalversammlung Anträge zu stellen, haben der Zentralvorstand und die Generalversammlungen der Ortsgruppen. Die Anträge müssen aber spätestens 6 Wochen vor dem Stattfinden der Generalversammlung dem Zentralvorstand eingereicht sein, welcher dieselben — übersichtlich geordnet — im Verbandsorgan veröffentlicht.

Die Agitationsbezirke
sind eine neue Einrichtung. Der Zentralvorstand muß das Verbandsgebiet in solche Bezirke einteilen. An der Spitze eines jeden Bezirkes steht eine Kommission, die 4 bis 10 Mitglieder hat. Die freigestellten Beamten des Bezirkes gehören dieser Kommission ohne weiteres an. Alle Jahre mindestens findet eine Bezirkskonferenz statt, zu der die Ortsgruppen je nach ihrer Größe einen oder mehrere Delegierten zu entsenden haben. (Ortsgruppen bis 200 Mitglieder = 1, Gruppen von 200—500 Mitglieder = 2, Gruppen mit mehr als 500 Mitgliedern = 3 Delegierte.) Außerdem gehören die Mitglieder der Agitationskommission zur Konferenz. Aufgabe der Agitationsbezirke ist vor allen Dingen eine intensive Agitation. Die geschäftlichen Verhandlungen der bisherigen Bezirksgeneralversammlungen kommen in Wegfall.

Die Ortsgruppen
behalten im allgemeinen ihre bisherige Zusammensetzung und ihre alten Aufgaben. Nach dem neuen Statut ist jedoch ein Vorstandsmitglied mehr als früher zu wählen. — In Zukunft soll es ermöglicht werden, daß für einzelne größere oder mehrere räumlich zusammenhängende Ortsgruppen auch Lokalbeamte freigestellt werden können. Voraussetzung dabei ist, daß mindestens 1/4 der in Frage kommenden Verbandsmitglieder sich bereit erklären, einen entsprechenden Zuschlagbeitrag zu zahlen. Eventl. genehmigt der Zentralvorstand auch die Zahlung eines Zuschusses aus der Ortsgruppenkasse oder der Zentralkasse.

Das neue Verbandsstatut wurde mit allen seinen Reformen schließlich vom Verbandsauschluß einstimmig en bloc angenommen. Es tritt in Kraft am 1. Juli 1905 (die Krankenunterstützung erst am 1. Okt. d. J.). Bis zur Wahl der Delegierten zur ersten ordentlichen Verbandsgeneralversammlung — die im Jahre 1906 bereits stattfinden

wird — bilden die derzeitigen Mitglieder des Verbandsauschusses die oberste Instanz der Organisation. Ebenso vertreten die heutigen Bezirksvorstände die vorgeesehenen Agitationskommissionen in den einzelnen Bezirken solange, bis die entsprechenden Neuwahlen vorgeesehen sind.

Der Verbandsauschluß wählte noch den Kollegen Frh. Schaffrath-Düsseldorf (ab 1. Juli cr.) zum Zentralkassierer, ferner den Kollegen W. Köhling zum Redakteur des Verbandsorgans. Für das I. und II. Quartal 1905 rechnen die Ortsgruppen noch mit den bisherigen Bezirkskassierern ab, dann aber tritt der direkte Verkehr der Ortsgruppen mit der Zentralkasse ein. — Das Verbandsorgan wird, so beschloß der Verbandsauschluß einstimmig, den Titel erhalten:

Textilarbeiter-Zeitung
für die Interessen der Textilarbeiter und Arbeiterinnen aller Branchen.
Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Unsere Zeitung soll auch vergrößert werden und eine vollkommene technische Ausgestaltung erhalten.

Satzungen des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

(Sitz Düsseldorf.)

1. Name, Zweck und Mittel.

§ 1.
Unter dem Titel „Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands“ bilden die in der Textilindustrie Deutschlands beschäftigten christlich-gemüthlichen Arbeiter und Arbeiterinnen als da sind: Spinner, Weber, Färber, Winder, Scheerer, Drucker, Appreture, Rajamentierer, Seiler sowie die anderen im Textilgewerbe tätigen Personen (Arbeiter und Arbeiterinnen) eine Zentralgewerkschaft.

§ 2.
Zweck des Verbandes ist die geistige und gewerbliche Ausbildung seiner Mitglieder sowie die Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage auf christlicher und gesetzmäßiger Grundlage. Die Erörterung konfessioneller und parteipolitischer Fragen ist ausgeschlossen.

§ 3.
Mittel zur Erreichung dieses Zweckes sollen sein:
a) statistische Erhebungen, besonders über Arbeits- und Lohnverhältnisse;
b) Herbeiführung günstiger Arbeits- und Lohnverhältnisse unter möglichster Wahrung eines friedlichen Ausgleichs zwischen Arbeitern und Arbeitgebern;
c) Regulierung des Arbeitsnachweises, Rechtsschutz und Materieteilung in Fragen des Arbeitsverhältnisses;
d) Unterstützung der Mitglieder bei ArbeitsEinstellung und Maßregelung nach Maßgabe der vom Vorstand festzusetzenden Bestimmungen sowie Errichtung von Unterstützungsstellen;
e) Vorträge und Besprechungen über Fach- und Arbeitsfragen, zwecks Förderung der gewerblichen, sozialen und allgemeinen Ausbildung;
f) Herausgabe eines Verbandsorgans, Errichtung von Bibliotheken und Verbreitung geeigneter sozialer Schriften.

2. Mitgliedschaft.

A. Aufnahme, Austritt und Ausschluß.

§ 4.
Als Mitglieder können aufgenommen werden alle in der Textilindustrie und deren verwandten Berufe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, welche im Sinne des § 2 den Zweck des Verbandes mit zu erreichen und ihre Interessen zu fördern gewillt sind und in ehrenhaftem Rufe stehen. Nicht in der Textilindustrie beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen können nur dann aufgenommen werden, wenn an ihrem Wohn- oder Beschäftigungsorte keine christliche Zentralorganisation des betr. Berufes eingeführt ist.

§ 5.
Die Annahme als Mitglied erfolgt bei den Vertrauensleuten oder Vorstandsmitgliedern der Ortsgruppe, in welcher der Gemeldete wohnt oder beschäftigt ist. Die Aufnahme gilt als vollzogen durch Uebergabe des Satzungen und Quittungsbuches, — nachdem das Eintrittsgeld entrichtet ist, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Zentralvorstand keinen Widerspruch erhebt.

Die Mitglieder gehören in der Regel derjenigen Ortsgruppe an, in deren Gebiet sie wohnen; in strittigen Fällen entscheidet der Zentralvorstand darüber, welcher Gruppe das betr. Mitglied zugeteilt wird.

Der Austritt aus dem Verbandsverbande kann jederzeit erfolgen, muß aber einem örtlichen Vorstandsmitgliede mündlich oder schriftlich vorher angezeigt werden.

Der Ausschluß aus dem Verbandsverbande kann durch den Zentralvorstand oder die Generalversammlung der betr. Ortsgruppe mit Genehmigung des Zentralverbandes erfolgen, wenn ein Mitglied:

- a) die Interessen des Verbandes geschädigt hat;
- b) die statutgemäßen Verpflichtungen gröblich verlegt;
- c) insbesondere gegen die in § 2 angeordneten Grundsätze verstoßt oder sie mißachtet;
- d) mit den Beiträgen länger als 4 Wochen rückständig ist. (Vergl. Ausnahmen § 7 letzter Absatz und § 8.)

Den Ausgeschlossenen steht das Recht der Berufung an die Generalversammlung des Verbandes zu, welche endgültig entscheidet. Mit dem Austritt oder dem Ausschlusse verliert das Mitglied jeden Anspruch an den Verband und seine Kassenleistungen, sofern nicht die besonderen Satzungen dieser Einrichtungen anders bestimmen.

Scharfmacher-Pläne.

Als ein bedeutendes Moment in der Agitation für die Arbeiterberufsverbände kann es betrachtet werden, daß man die unorganisierten Arbeiter darauf hinweist, daß sie auch als „brave“ unorganisierte Arbeiter damit zu rechnen haben, durch Streiks und besonders durch Aussperrungen empfindlich in Mitteilenshaft gezogen zu werden. Diese Erfahrung hat mancher „Superkluge“ machen müssen, der die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft für sein Leben nicht glaubte nötig zu haben. Daß die wirtschaftliche Entwicklung fortschreitet und nicht wie das Denkvorgänge dieser Leute eintrifft, dafür fehlt ihnen jedes Verständnis. Wer aber die Vorgänge im wirtschaftlichen Leben mit offenen Augen verfolgt, der kann die Beobachtung machen, daß fast durch jeden Streit, besonders aber durch Aussperrungen zahlreiche Arbeiter arbeitslos und damit brotlos werden, die früher nie zum Eintritt in die Organisation zu bewegen waren. Da nun die Arbeitgeberverbände in den verschiedensten Gewerben immer häufiger dazu übergehen, Einzelstreiks durch Massen-aussperrungen zu beantworten, so wird die Position der unorganisierten Arbeiter selbstverständlich eine immer gefährlichere. Dies gilt auch ganz besonders für die Arbeiter der Textilindustrie. Die Arbeiterorganisationen haben durch- aus keine Ursache, sich dieser Leute anzunehmen. Wer zu unaufrichtig war, um Beiträge an die Organisation zu zahlen, der verdient es nicht, daß der Verband ihn unterstützt. Wer ernten will, der soll auch säen. Auf eine Unterstützung seitens der Arbeitgeber dürften diese „Auch“-Arbeiter auch wohl verzichten können, denn an sentimental Anwandlungen oder dergleichen Schwächen kränkelte die Arbeitgeberverbände nicht.

Am 18. März fand eine Sitzung des Vorstandes des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände statt. Die Ausführungen des Herrn Ment-Alttona dürften allen unorganisierten Arbeitern zu denken geben und sie veranlassen einmal ernstlich die Frage zu prüfen, ob sie ihre Interessen als organisierte oder als unorganisierte Arbeiter am besten wahren.

Zuerst schilderte Herr Ment, in welcher Weise bisher die Arbeitgeber ihre Arbeiter ausgesperrt hätten, indem sie ihre sämtlichen Arbeiter auf einmal oder „stapelweise“ entließen, meistens in Abteilungen von je 10 Prozent der Gesamtzahl. Die Aussperrung sämtlicher Arbeiter führe aber zu einem Stillstand der Betriebe, der einen großen pekuniären Schaden für die Arbeitgeber zur Folge habe.

Würde aber nur ein Teil der Arbeiter ausgesperrt, so habe dies vielfach nicht die genügende Wirkung, denn dann würden meist junge Leute ausgesperrt, die leicht anderwärts Arbeit bekommen könnten. Daher empfahle es sich, eine größere und zugleich wirkungsvollere Art der Aussperrung vorzunehmen und als solche empfahl der „Menschfreund“ Ment: die Arbeiter in der Reihenfolge auszusperrern, wie ihre Namen im Alphabet aufeinander folgten.

Dann treffe die Aussperrung zugleich alte und junge, tüchtige und untüchtige, verheiratete und unverheiratete Arbeiter. Zuerst sollten (eventl. in ganz Deutschland) diejenigen Arbeiter ausgesperrt werden, deren Namen mit dem Buchstaben A anfangen. Diesen A-Leuten würden eventl. die B-Leute, dann die C-Leute usw. folgen.

Die ausgesperrten Leute seien durch ihre Namen leicht kenntlich gemacht, so daß die Einstellung dieser ausgesperrten Arbeiter durch Unachtsamkeit kaum möglich sei, wodurch die korrekte Durchführung der Aussperrung verbürgt werde.

Schwarze Listen würden also überflüssig werden. Es sei zwar klar, daß diejenigen Arbeiter unschuldiger Weise von der Aussperrung betroffen würden, deren Namen mit dem ersten Buchstaben des Alphabets anfangen. Darüber dürfe man aber keine sentimental Anwandlungen bekommen.

Neu ist an den Vorschlägen des Herrn Ment, daß die Arbeiter jetzt nach dem A-B-C ausgehungert werden sollen. Was werden die guten A- und B-Männer aus den Kreisen unserer unorganisierten „Auch-Kollegen“ wohl dazu sagen? Wenn das ginge, würden sie ihr A oder B wohl gerne in X oder Z umschreiben lassen, denn die „A- und B-Leute“ sollen ja darnach in erster Linie die Sündenböcke sein. Doch das ist Theorie. In der Praxis aber wird man auch wohl nach wie vor diejenigen Arbeiter aufs Pfahler werfen, deren man gerade nicht bedarf, und kann ja leicht beschließen, zur Abwechslung auch mal mit Z anzufangen usw. Werden die Arbeiter aus Vorliebe endlich die Lehre ziehen, daß sie einer starken Organisation bedürfen, um ihre Rechte zu verteidigen und sich und ihre Familie vor Not und Elend zu schützen?

Gewerkschaftliche und soziale Rundschau.

Kommunalverwaltung und Tarifverträge.

In Essen, dessen Oberbürgermeister Herr Zweigert, sich durch verständnisvolles soziales Wirken große Verdienste um das Zustandekommen von Tarifverträgen erworben hat, ist ein neuer Tarifvertrag im Maurergewerbe abgeschlossen worden. In demselben wird Arbeitszeit, Arbeitsstundenlohn, Pausen, Stundenlohn, Akkordlohn, Lohnzahlung und Kündigung eingehend geregelt. Vorläufig soll der Vertrag nur Geltung haben auf städtischen Bauten. Die Unternehmer werden aber einen Nachtrag bringen auf Grund ihrer Erklärung, wonach obige Vereinbarung auch für das Privatbaugewerbe Geltung haben soll. Interessant bei den Verhandlungen war folgender Zwischenfall:

Der Vertreter des Arbeitgeberverbandes, Herr Freig, erklärte: „Wenn wir heute einen Tarif abschließen, so haben wir aber keine Gewähr dafür, daß er auch von den Mitgliedern der Gewerkschaften eingehalten werde, denn Herr Lübring, der Führer des „freien“ Zentralverbandes, hätte der Firma Schmech und Diepenbrock in Altessen gegenüber erklärt: „Unter Umständen würde er mit ihr einen Sondervertrag abschließen, worin er noch irgendwelche Vorteile ihr zusichern würde.“ Wenn das von den Gewerkschaften die Erklärung abgeben, daß der Vertrag von denselben unter allen Umständen gehalten und der Verband sich an eventl. Sonderbestrebungen nicht stören würde.

Weiterer Kommentar überflüssig. — Bei Eingang der Verhandlung machte der Oberbürgermeister bekannt, daß die Anerkennung es ablehnte, mit den Vertretern der Verbände einen Tarif abzuschließen. Sie wäre bereit, mit dem

notwendigen Opfern für die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage zurück. Das muß entschieden anders werden! Eine Verbesserung unserer Lage tut besonders uns Textilarbeitern not. Wir sind es uns, unserer Familie und unserem ganzen Stande schuldig, daß wir dafür eintreten. Die Organisation zeigt uns den Weg, auf dem wir dieses erreichen können. Wohlan denn, zeigen wir, daß wir den Ernst und die Aufgaben unserer Zeit erfasst haben! Die Mehrzahl der Mitglieder hat dies durch ihre Zustimmung bewiesen. Ohne Opfer keine Erfolge! Die Zeit, wo die Feinsinnmänner das Brot gebaden haben, sie ist vorüber. Wollen wir, daß unsere Lage verbessert wird, dann müssen wir selbst Hand anlegen. Jetzt, nachdem die Beitragserhöhung beschlossen ist, jetzt wird es unsere Aufgabe sein, überall und bei jeder passenden Gelegenheit die Notwendigkeit derselben zu vertreten. Noch gilt es, stande Wandelmütige zu festigen, manche Schwarzseher zu beruhigen, manchen Egoisten den Geist echter Solidarität zu predigen. Dies muß für die nächste Zeit unsere Parole sein.

Die Einführung der Krankenkassenunterstützung hat uns diese Aufgabe leicht gemacht. Weisen wir stets darauf hin, daß der erhöhte Beitrag ja den Mitgliedern dadurch wieder zu gute kommt. Als Vindicta- und besonders als Agitationsmittel aber wird uns die Krankenkassenunterstützung ausgezeichnete Dienste leisten. Besonders müssen wir die Frauen darauf hinweisen, daß sie in Zukunft durch unsere Krankenkasse eine gewiß sehr willkommene Beigabe zu dem leider vielfach allzu knappen Krankengelde ihres Mannes erhalten. Das wird auch die Frauen mehr als bisher mit der Organisation befreundet. Der Verband hat sein Möglichstes getan, um uns die Möglichkeit zur Verbesserung unserer Lage zu bieten, jetzt — tun wir als Mitglieder unsere Schuldigkeit.

NB. Am Sonntag, den 9. April, wird in der Mitgliederversammlung in Marlich ein diesbezüglicher Vortrag stattfinden. Kollegen! erscheint zahlreich und bringe jeder wenigstens einen Freund mit. Kollegen, haltet a b e r a l l Versammlungen ab mit der Tagesordnung: Die Reorganisation des Verbandes und die Notwendigkeit der Beitragserhöhung.

Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften.

Ohne sich in Prophezeiungen zu ergeben, kann man heute an der Hand der Erfahrungen im wirtschaftlichen Leben die Aufgaben und eventuellen Aussichten der Gewerkschaften für die Zukunft mit einiger Sicherheit feststellen. Das ganze System der kooperierten Arbeiterkraft drängt auf größere Selbstständigkeit hin, und die gegenwärtigen Verhältnisse, sowie die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigen diesen günstigen und naturnotwendigen Prozeß. Betrachtet man die Arbeiterbewegung in ihren Anfangsstadien und heute, so drängt sich uns unwillkürlich die Erkenntnis auf, daß bereits Vieles geschehen ist, aber noch bedeutend mehr erreicht werden muß. Sollte man aber den natürlichen wirtschaftlichen Werdegang ohne energische Nachhülfe seine Bahnen wandeln lassen oder wäre solches bisher geschehen, so läge das Ziel der Organisationen noch in nebelhafter Ferne. Einer intersektoralen Reaktion wäre dadurch Tür und Tor geöffnet und die gesegneten Körperlichkeiten zur Untätigkeit bezüglich der kulturellen Forderungen der Arbeiterkraft angewiesen. In der richtigen Erkenntnis der Schädlichkeit dieser Gefahr ist ein großer Teil der Arbeiterkraft stets bemüht gewesen: einerseits den Arbeitgeber Forderungen abzurufen, andererseits die Gesetzgebung zu veranlassen, grundlegende Reformen für das Arbeitsverhältnis zu schaffen. Durch letzteres wurden die ursprünglichen Forderungen der Organisationen bedeutend eingeschränkt. Bildeten die Bestrebungen einer staatlichen Kranken-, Invaliden-, Alters- und Unfallversicherung einen wesentlichen Teil ihres Programms, so mußten diese Forderungen auf Grund der Einführung dieser Gesetze daraus gestrichen werden.

Ferner sind die Arbeiter stets bestrebt gewesen, ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen und den Erlös nützlich und praktisch anzuwenden. Auch in dieser Beziehung kam die Regierung, dem Druck gehorchend, der Arbeiterkraft in etwa entgegen durch Einführung der Sonntagsruhe, Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit und Arbeitszeitbestimmungen. Diese Gesetze übten eine wohlthätige Wirkung zu Gunsten der Arbeiter aus. Die Einführung der Vererbengerichte blieb ebenfalls nicht ohne Folgen einer Verbesserung der Rechte des Arbeiters gegenüber der größeren wirtschaftlichen Macht des Arbeitgebers. Trotzdem geht die Arbeiterkraft in stets erhöhtem Maße zur Selbsthilfe, ein Beweis der Reformbedürftigkeit der oben angeführten Gesetze und der Notwendigkeit eines weiteren Ausbaues der Arbeitergesetzgebung. Eine Reihe Unter- und Nebenzweige, welche von der organisierten Arbeiterkraft ins Leben gerufen wurden, bestätigen diese Behauptung. Die Notwendigkeit der Gewerkschaften und Konsumvereine beweist, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht dem heutigen Kulturzustande entsprechen. Verursacht durch marante Erscheinungen in der Arbeiterbewegung sind gegenwärtig erforderlichere weitere gesetzgeberische Reformen geplant. Da ist zunächst in Aussicht gestellt die Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, wodurch einer unhaltbaren und ungerechten Jurisdiktion der organisierten Arbeiter ein Ende gemacht wird. Ferner ist die Errichtung von Arbeitskammern geplant. Durch eine solche paritätische Vertretung der Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wird in vielen Fällen den aufreibenden wirtschaftlichen Kämpfen, welche für das ganze wirtschaftliche Leben oftmals sehr schädlich werden können, in Zukunft der Boden entzogen. Es wäre aber eine durchaus trübe Meinung, daß nach Einführung dieser Gesetze, sowie nach einer gründlichen Reform der schon vorhandenen, die Gewerkschaften ihre Aufgabe erfüllt, ihr Ziel erreicht hätten. Im Gegenteil! Die Aufgaben derselben werden noch ständig wachsen, die Gesetzgebung hat noch vieles zu schaffen. Abgesehen von der Notwendigkeit des äußeren und inneren Ausbaues der Organisationen müssen dieselben in Zukunft bestrebt sein, Einrichtungen zu schaffen, welche eine Gewähr für den wirtschaftlichen Frieden auf längere Zeit bilden. Die Regierung muß sich dazu verstehen, einen Maximalarbeitszeit auch für erwachsene Männer, obligatorische Arbeiterausbildung, volle Konstitutionsfreiheit usw. einzuführen. Den Organisationen fällt dann die Aufgabe zu, das Erreichte festzuhalten, die praktische Anwendung dieser Gesetze zu überwachen. Alles dieses führt naturgemäß zur Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter. Die Arbeitgeber werden sich dadurch veranlaßt fühlen, Vereinbarungen mit den Arbeitern in bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu treffen, in ihrem eigenen Interesse. Dadurch gelangen die beiderseitigen Organisationen auf friedlichem Wege zur Abschließung von Tarifverträgen. Es liegt auch im Interesse einer gesunden Volkswirtschaft, daß beide Kontrahenten ihre Stellung zu einander durch derartige Vereinbarungen präzisieren und wirtschaftlichen Säuren durch gegenseitige Sicherstellung Stand zu halten vermögen.

Dazu bilden starke Arbeiterorganisationen die notwendige Voraussetzung.

Wiederannahme ist statthaft, wenn ein Mitglied ausgesperrt oder wegen rüchstandiger Beiträge ausgeschlossen war oder die für seine Ausdehnung maßgebenden Gründe fortgefallen sind. § 6.

Für Ehrenmitglieder können Personen ernannt werden, die nicht Textilarbeiter sind, wenn dieselben einen jährlichen Beitrag von mindestens 5 Mark entrichten oder sich besondere Verdienste um den Verband erworben haben. Die Ehrenmitglieder erhalten gratis das Verbandsorgan. B. Mitgliederbeiträge. § 7.

Das Eintrittsgeld beträgt 30 Pfg. Der Wochenbeitrag für die in Fabriken beschäftigten männlichen Verbandsmitglieder beträgt 30 Pfg., für die in Fabriken tätigen weiblichen Mitglieder 25 Pfg. und für alle Seminarbeiter 20 Pfg. Die fälligen Wochenbeiträge müssen pünktlich an die mit der Eintreibung beauftragten Vorstandsmitglieder bzw. Vertrauensmänner der betreffenden Ortsgruppe gezahlt werden. Bänder als 4 Wochen darf kein Mitglied mit der Zahlung seiner Beiträge im Rückstand sein. (Bergl. den folgenden Absatz sowie § 6 Abs. 5 d.) Mitglieder, welche an Orten wohnen, wo keine Ortsgruppe errichtet ist, werden einer benachbarten Ortsgruppe zugeteilt und haben die Beiträge an den Kassierer vor Ablauf jedes Vierteljahres postfrei einzulösen.

Für pünktliche Einzahlung der Beiträge und ordnungsmäßige Quittierung derselben haften in letzter Linie die Mitglieder selbst. Das Mitgliedsbuch bleibt in jedem Falle Eigentum des Verbandes. Für den Ersatz verloren gegangener oder unbrauchbar gewordener Bücher wird eine Gebühr von 10 Pfg. erhoben, während ordnungsmäßig voll gelebte Mitgliedsbücher unentgeltlich ersetzt werden. § 8.

Die Beitragszahlung ruht: a) wenn ein Mitglied zur Militärpflicht einberufen ist während dieser Dienstzeit. Nach Ablauf derselben tritt es wieder in seine Rechte und Pflichten ein, wenn es sich innerhalb vier Wochen nach Ablauf der Dienstzeit wieder ordnungsmäßig anmeldet; b) während der mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen mindestens eine Woche dauernden Krankheitszeit; c) für die Zeit nachweisbarer und unerschütterter Arbeitslosigkeit, wenn dieselbe mindestens eine Woche andauert; d) bei einem gebilligten Auslande für die davon betroffenen Mitglieder.

Die Ortsgruppenvorstände sind jederzeit berechtigt, die Mitglieder resp. Quittungsbücher zur Kontrolle einzufordern. Es muß dies geschehen auf Anweisung des Vorstandes. § 9.

Auf Beschluß des Vorstandes können für bestimmte Zeit (besonders auch für die zu gewährenden Unterstützungen) Zusatzbeiträge den Mitgliedern auferlegt werden. Diese Zusatzbeiträge sind, wenn sie ordnungsmäßig beschloffen und ausgeschrieben sind, Pflichtbeiträge. C. Rechte und Pflichten der Mitglieder im Allgemeinen. § 10.

Jedes Mitglied hat das Recht, an der Vorarbeiten, Wohlfahrts- und Kasseneinrichtungen des Verbandes nach Maßgabe der Satzungen und der Geschäftsordnung teilzunehmen. Die Mitglieder erhalten das Verbandsorgan gratis.

Die Mitglieder sind verpflichtet, nach Maßgabe der Statuten und der Geschäftsordnung an den Versammlungen teilzunehmen und haben das Recht, bei Wahlen und Beschlüssen mitzuzustimmen. Das gilt natürlich nur vor den Versammlungen, Wahlen und Beschlüssen derjenigen Ortsgruppe, welcher sie zur Zeit angehören oder zugewiesen sind. § 11.

Alle Mitglieder haben die Pflicht, die Satzungen und Geschäftsordnungen zu befolgen, sich den Anordnungen der Vorstände und besonders auch der Leitung bei Versammlungen zu fügen. Jedoch bleibt es ihnen vorbehalten, den ordnungsmäßigen Beschwerden einzuschlagen. Bei etwaigen Wohnungswechsel haften die Mitglieder für ordnungsmäßige Ab- und Neuvermittlung selbst.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Grundzüge des Verbandes hochzuhalten und die Zwecke und Interessen desselben nach Kräften fördern zu helfen. § 12.

Mitgliedern, welche aus dem Grunde, weil sie im Einvernehmen mit der Verbandsleitung und nach Maßgabe der Statuten für die Interessen des Verbandes und seiner Mitglieder eingetreten sind, arbeitslos oder geschädigt werden, kann eine Unterstützung aus der Verbandskasse bewilligt werden. Ob dieser Grund im einzelnen Falle vorliegt, sowie über die Höhe und Dauer der Unterstützung entscheidet der Vorstand mit Rücksicht auf die Mittel des Verbandes und die Verhältnisse des Entlassenen.

Mitglieder und auch Ortsgruppen, welche selbstständig ohne Zustimmung und Gutheißung des Vorstandes vorgehen und dadurch einen Ausstand herbeiführen, haben keinen Anspruch auf Unterstützung.

Zur Beitragserhöhung

schreibt man uns aus Marlich: Die Majorität der Mitglieder und der Verbandsausschuss haben sich für die Beitragserhöhung entschieden. Der vorher in unserm Organ erfolgte Meinungsaustausch über diese Frage war ein Beweis dafür, daß unsere Mitglieder von der großen Bedeutung der Beitragserhöhung durchdrungen sind. Eine alte Wahrheit ist durch das Resultat der Urabstimmung wieder bestätigt worden. Diejenigen Mitglieder, welche am lautesten gegen die Beitragserhöhung protestierten, stellten die größten Anforderungen an die Leistungen des Verbandes. Direkt bezeichnend war die Haltung gewisser Kollegen, die, obgleich sie kurz vorher namhafte Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt hatten, dennoch gegen die Beitragserhöhung gestimmt haben. Was mögen diese Leute sich eigentlich dabei gedacht haben? Haben sie sich vielleicht gesagt: „Wir haben vorläufig unser Fett abgegeschöpft und das übrige kann uns wenig kümmern.“ Wer so denkt, dem möchte ich folgenden Rat geben: Frage er sich schmerzlich zum Vorstehenden oder zum Vertrauensmann begeben und seinen eigenen Namen aus den Reihen unserer Mitglieder streichen lassen, denn er gehört nicht in die Reihen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter. Für ihn sind die Worte Solidarität und Brüderliebe nur ein leerer Schall.

Wer die Organisation nur als eine Fundgrube betrachtet, aus der man per Gelegenheit schöpfen könne, ohne sich um die Füllung derselben Sorge zu machen, dem ist das Weiden der Gewerkschaft fremd geblieben. Er kann im Verbandsrat das Amt eines Kostenträgers übernehmen. Ja, der Verband würde seinem früheren Ruine entgegen gehen, wenn derartige Elemente auf die Maßnahmen des Vereins Einfluß gewannen. Wenn unser Verband heute eine achtunggebietende Macht im wirtschaftlichen Leben geworden ist, so war dies nur möglich durch die opferfreudige, selbstlose und unablässige Arbeit vieler tausender Kollegen. Diese Kollegen werden auch darüber nachdenken, daß das, was sie unter Entrennung ihrer eigenen Interessen mit vielen Opfern geschaffen haben, nicht von Kleingeldern und Egoisten freigegeben vernichtet werde. Wer ernten will, der muß auch säen.

Wer seine wirtschaftliche Lage verbessern will, der muß für die Organisation auch Opfer bringen. Von dieser Erkenntnis sind die Angehörigen anderer Berufsstände durchdrungen. Nur wir Arbeiter, die wir doch im ersten Kampfe am Schwersten zu ringen haben, die wir doch den Zusammenbruch in der Organisation am notwendigsten haben, nur wir sprechen vielfach aus heimlichen Gründen vor den

Wesellenausschuss darüber zu verhandeln. Jedenfalls zeugt dies von einer noch großen Rückständigkeit der Materie gegenüber den heutigen Verhältnissen. Die Schuld dafür trifft aber die Materie- und Arbeitergehilfen selbst. Die Verbände derselben führen ein bescheidenes Dasein, die größte Mehrzahl der Gehilfen ist indifferent, und da können die Meister noch die Gehilfen an der Nase führen. Die Klempernerinnung hatte erklärt, überhaupt keinen Tarif abzuschließen. Sie weiß auch, daß sie das ablehnen kann, denn die Klempernergehilfen in Eisen sind noch sehr schlaff, und solange sie sich keine starke Organisation schaffen, werden die Meister einen solchen Ton lieben.

Der zweite Verbandstag des Gewerkschafts der Heimarbeiterinnen Deutschlands

war von 48 Delegierten aus 19 deutschen Städten besucht, ein erfreuliches Zeichen für das Wachstum des Verbandes. Die Verhandlungen bewiesen, daß der Gedanke der Organisation kräftig Wurzel gefaßt hat, und daß neben einer energischen Vertretung der Standesinteressen das Verständnis für das Interesse der Allgemeinheit nicht fehlt. — Nach Eröffnung des Verbandstages am 21. durch die Hauptvorsitzende, Gräfin von Bismarck, und Erstattung des Geschäfts- und des Kassensberichts referierten zwei Heimarbeiterinnen über das Thema: „Wie fördern wir unsere Organisation?“ 1) Durch inneren Ausbau, 2) durch Agitation und Presse. Am Nachmittag fanden Beratungen über Satzungsänderungen statt, deren Ergebnis die Erhöhung der Monatsbeiträge von 20 auf 30 Pfg. war. Am Abend sprach Fräulein Dyrhenfurth unter großem Beifall über „Sittens- und Familienpflichten“. Am Vormittag des 22. fand eine öffentliche Mitgliederversammlung statt, zu der das Reichsamt des Innern einen Vertreter entsandte. Ebenso nahmen mehrere Mitglieder der Gewerbe-Inspektion und Herr Professor Dr. Franke an den Verhandlungen teil. Nachdem Herr Geh. Oberregierungsrat Koch im Namen des Staatssekretärs Grafen von Posadowsky den Verhandlungen guten Erfolg gewünscht hatte, sprach sich Herr Regierungs- und Gewerbeamt Hartmann in gleichem Sinne aus. Verhandlungsgegenstand war: „Heimarbeit und Wohnungsgesetzgebung“. Referent Herr Privatdozent Dr. Wilbrandt, Korreferent Herr Lic. Mumm. Auch hier folgte wie bei allen Beratungen eine sehr lebhaft diskutierte, die Zeugnis davon gab, daß in den seit dem ersten Verbandstage verstrichenen drei Jahren die gewerkschaftliche Schulung der Mitglieder erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Zum Schluß wurde die von Herrn Dr. Wilbrandt vorgeschlagene Resolution in folgender Fassung angenommen:

„Der zweite Verbandstag des Gewerkschafts der Heimarbeiterinnen erachtet in speziellen Vorschriften über die gewerbliche Benutzung von Wohnräumen zwar nicht die entscheidende Maßregel gegen das Elend der Heimarbeit, wohl aber einen im Interesse der Heimarbeiterfamilien und des ganzen Volkes dringend nötigen hygienischen Eingriff, und erwartet daher von der Wohnungsgesetzgebung, daß sie die Heimarbeit nicht außer acht läßt, sondern unter Schonung von gegenwärtig an die Heimarbeit gewöhnten Personen, Mindestbedingungen für die als Arbeitsraum dienenden Wohnungen festsetzt, abgestuft je nach der Gesundheitsgefährlichkeit der einzelnen Gewerbe. Zugleich möge der Staat die gemeinnützige Erstellung billiger Kleinwohnungen, die den sittlichen und hygienischen Anforderungen genügen, im Interesse der Widerbarmittelten im allgemeinen, und der Heimarbeiterinnen im besonderen in die Wege leiten.“

Streits und Lohnbewegungen.

Differenzen in Ahaus in Westfalen.

Drei Jägern wurde die Ortsgruppe Ahaus gegründet. Die schlechten Verhältnisse hatten den Arbeitern den Weg gezeigt, den sie gehen mußten, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Nachdem unsere Ortsgruppe ein Jahr bestanden hatte, wurde der Westfälische Jute-Spinnerei und Weberei hier durch den Ausschuss ein Schreiben überreicht, in dem die Wünsche und Beschwerden ihrer Arbeiter enthalten waren. Die Antwort bestand in der Entlassung eines Ausschussmitgliedes. Massenaustritte aus Jurdit waren die weitere Folge. Unter diesen Umständen konnte vom Verbandsrat nichts geschehen, und die Wünsche der Arbeiter blieben unerfüllt.

Weitere Verschlechterungen schlichen sich inzwischen ein, und erneut beschloßen die Arbeiter, bei der Firma ihre Wünsche einzureichen. Das Organisationsverhältnis ist erfreulicherweise ein weit besseres geworden. In einer Fabrikversammlung wurden die Mißstände besprochen und der Ausschuss beauftragt, schriftlich bei der Firma um Abänderung einzukommen. Dieses ist geschehen. Diese Wünsche waren dem Sinne nach folgende:

- 1) 20% Lohnerhöhung für sämtliche Arbeiter; für ungefährt Ketten einen Zuschlag von 10%.
- 2) Vergütung für das Warten auf Material.
- 3) Einführung von Lohnzetteln oder Lohnkäten.
- 4) Unentgeltliche Lieferung von Arbeitsgeräten wie Spulen, Nadeln und Handbellen.
- 5) Vergütung für das Fegen der Fabrikräume.
- 6) Tragen der Kopfsache in der Weberei und Näherei soll von dazu angestellten Leuten besorgt werden.
- 7) Bei Verhängen von Strafen sollen die betroffenen Arbeiter sofort davon benachrichtigt werden. Strafen für Zuspätkommen sollen nur die Hälfte dessen betragen, was der Arbeiter in dieser Zeit hätte verdienen können.
- 8) Gute und gerechte Behandlung der Arbeiter und Beförderung der Arbeiterinnen, wie dies im § 13 der Arbeitsordnung vorgesehen.
- 9) Bessere Regelung des Wiegens der Kops für Scheer- und Spinnmaschinen.
- 10) Reinigung der Aborte gemäß der Verfügung der Kgl. Regierung zu Münster.
- 11) Gleiche Entlohnung der Arbeiter für gleiche Leistungen.
- 12) Besseres Material.

Diese Wünsche wurden mit der Bitte um baldige Regelung der Firma unterbreitet. Der Bescheid der Firma sollte den unterzeichneten Ausschussmitgliedern zugestellt werden. Die Antwort der Firma war folgende:

„An unsern Arbeiterausschuss hier.
Auf Ihren Brief vom 6. d. Mts. teilen wir Ihnen folgendes mit:

Zu 1: Eine Lohnerhöhung bebauern wir nicht bewilligen zu können, ferner können wir den bisherigen Zuschlag für ungefährt Ketten nicht erhöhen.

Zu 2: Das Warten auf Material ist nicht immer ganz zu vermeiden. Wir sind immer bemüht, genügend Garnbäume im Voraus zu haben, da dies auch schon in unserm eigenen Interesse liegt.

Zu 3, 4, 5 und 6 können wir in unsern alten bewährten Einrichtungen keine Änderungen treffen.

Zu 7: Jeder Arbeiter wird von den Strafen, die ihn treffen, auch jetzt schon in Kenntnis gesetzt, da bei jeder Lohnzahlung ein Strafzettel über die Höhe und den Grund der Strafe beiliegt. Wenn wir die Strafen für Zuspätkommen reduzieren wollten, so würde das Zuspätkommen noch mehr überhand nehmen, was im Interesse eines regelmäßigen Betriebes unbedingt vermeiden werden muß.

Zu 8: Die Meister haben immer Anweisung gehabt, die Arbeiter und Arbeiterinnen anständig zu behandeln.

Zu 9: Das Wiegen geschieht richtig. Wenn Unregelmäßigkeiten vorgekommen, so müssen diese uns beweiskräftig gemeldet werden. Auf eine allgemein gehaltene Klage bebauern wir nicht eingehen zu können.

Zu 10: Die Aborte werden regelmäßig gereinigt.

Zu 11: Die Löhne der gleichgestellten Arbeiter werden je nach Leistung, Betragen und Führung derselben festgesetzt.

Zu 12: Wir machen das Fettgarn so, wie es im Vertriebe am besten auskommt und wie es unsere Kunden beschreiben.

Ahaus, 8. März 05.

Westfälische Jute-Spinn- und Weberei.

Wie man sieht, eine schnelle, aber in keinem Punkte entgegenkommende Antwort, nach dem Muster: „Mißstände bestehen nicht, mehr Lohn zahlen können wir nicht.“

Am 11. März fand eine Fabrikversammlung statt, welche sich mit den beiden Schreiben befaßte. Kollege A. Vensing-Vocholt, welcher zu dieser Versammlung erschienen war, erkannte die Wünsche der Arbeiter als gerecht an und bedauerte, daß die Firma einen so ablehnenden Standpunkt einnehme. Es wurde beschlossen, der Ausschuss möge mit der Firma Verhandlungen anknüpfen. Ein diesbezüglicher Versuch des Kollegen Röttger scheiterte jedoch, an dem „Herrenstandpunkt“ der Firma. Nun sucht man der Organisation Schwierigkeiten zu bereiten, die man, so lange sich die Arbeiter ruhig verhielten, nicht kannte.

Am 23. März war wiederum eine Fabrikversammlung, zu welcher unser Bezirksvorsitzender, Kollege Camps-Münster, erschienen war. Es wurde nochmals Stellung genommen zu der Sache, und auch Kollege Camps schilderte die Wünsche der Arbeiter als durchaus gerecht, zumal dieselben teilweise durch Gesetz und teilweise durch die Arbeitsordnung den Arbeitern schon zuerkannt seien, leider aber von der Firma außer Acht gelassen würden. Wegen des Ernstes der Sache sei es jetzt doppelt notwendig, sei der Verband bereit, und unablässig zu agitieren, bis der letzte Kollege und die letzte Kollegin für unsere Sache gewonnen sei, damit der Verband instand sei, auch hier in Ahaus bessere Zustände schaffen zu können. Wenn notwendig, sei der Verband bereit, auch hier das Meißereste zu versuchen, um die berechtigten Wünsche der Arbeiter durchzuführen. Einigkeit müsse jetzt gehalten werden und kameradschaftlich müssen die Kollegen zusammenstehen. Auf alle Fälle müsse mit den letzten Konsequenzen gerechnet werden, jedoch hoffe er, daß es die Firma so weit nicht kommen lasse, sondern den Arbeitern Entgegenkommen zeige, was doch für beide Teile das Beste sei. Kollegen und Kolleginnen, haltet fest und helft uns in der Agitation. Jeder möge versuchen, wenigstens einen zu gewinnen, dann haben wir sie bald alle. Unsern Kollegen von auswärts aber rufen wir zu: „Bewahrt uns die Solidarität und meidet vorläufig Ahaus.“

M. Gladbach.

Wie aus der letzten Nummer ersichtlich, gelang es den Vertretern der Verbände, die ausgebrochenen Differenzen bei der Firma Oberw. & S. zu schließen. Kaum waren diese erledigt, so stellten sich wieder neue ein. Es wurde am Samstag, den 25. März durch Aufschlag bekannt gemacht, daß von Montag an übergearbeitet werden sollte. Eine diesbezügliche Vereinbarung mit den Arbeitern hatte man nicht getroffen und verließen diese zum Teil am Montag Abend zur gewöhnlichen Zeit die Fabrik. Die Folge hiervon war, daß am Dienstag einer Anzahl Arbeiter von der Firma gekündigt wurde. Wenn die Firma gemeint hatte, hierdurch die Arbeiter einzuschüchtern, so hatte sie sich geirrt, denn hierdurch war nur eine Erbitterung unter den Arbeitern hervorgerufen worden. Die Firma mußte sich doch fügen, daß die Leute, die man morgens gekündigt hat, weil sie von ihrem Rechte Gebrauch gemacht hatten, schwerlich zu Entgegenkommen bereit sein würden. Dies sah man denn auch von der Firma erwartet zu haben, denn abends war zur gewöhnlichen Schlußzeit das Fabriktor geschlossen. Dem Portier war auch Anweisung gegeben, es nicht zu öffnen, denn hier ließ niemand hinein. Mit dieser Anordnung waren die Arbeiter aber nicht zufrieden, sondern sie zielten ein anderes Tor auf und verließen die Fabrik. Einem solches Tor aber eine Mauer geteilt sein. Der Betriebsdirektor stellte nun am anderen Tage eine Untersuchung an, um festzustellen, wer das Tor geöffnet habe, und hielt den Leuten vor, daß sie Hausfriedensbruch begangen hätten. Diese waren aber auch nicht auf den Grund gefallen und entgegneten, daß man sich ihnen gegenüber der Freiheit beraubung schuldig gemacht habe und dierhalb die Polizei in Anspruch nehmen würden. Der Direktor schickte nun, um den Arbeitern zuvorzukommen, den Obermeister zur Polizei. Ebenso gingen die Arbeiter hin. Dem Obermeister soll erklärt worden sein, daß die Firma kein Recht habe, die Arbeiter wider ihren Willen über die gewöhnliche Zeit in der Fabrik zurückzuhalten. Den Arbeitern wurde gesagt, sie sollten die Öffnung des Tores fordern, und wenn man dieser Aufforderung nicht nachkäme, dürften sie jedes Mittel anwenden, um ins Freie zu gelangen. Diese Belehrung hatte gewirkt, denn am fraglichen Abend hatte man das Tor rechtzeitig geöffnet.

Die ganze Angelegenheit wäre zu vermeiden gewesen, wenn man von Seiten der Direktion ein wenig mehr Verständnis besäßen hätte. Die Arbeiter sind im gewerblichen Leben nicht einfach da, um zu gehorchen, sondern die Gewerbeordnung hat dieselben mit Rechten ausgestattet. Ein solches ist auch in diesem Falle von der Firma nicht beachtet worden. Hätte man vorher mit einer Vertretung der Arbeiter eine Verständigung herbeizuführen gesucht, so glauben wir sicher annehmen zu dürfen, daß die Aufregung beiden Seiten erspart geblieben wäre.

Der von den Arbeitern verlangt, daß sie ihre Verpflichtungen erfüllen sollen, soll ihnen anerkennend aber auch gerecht werden, dann ist die Möglichkeit gegeben, daß Differenzen vermieden werden können.

Greven.

Da den Arbeitern der Firma Biederlack u. Cie. keine Zugeständnisse gemacht wurden, sind diese am Montag, den 27. März geschlossen in den Ausstand getreten. Notdürftig wird seitdem eine Spinnmaschine in Betrieb gehalten, welche aber wegen der ungenügenden Arbeiter wenig liefert. Einige Webstühle sind auch in Betrieb. Zwei der Weber sind am Samstag, 1. April, noch herausgegangen. Der Gewerbeamt hat schon eine Vermittlung versucht, diese ist aber allem Anscheine nach gescheitert. Wenigstens hören die Arbeiter nichts mehr davon.

Am Donnerstag, 30. März, fand eine große Volksversammlung statt, in welcher Bezirksvorsitzender Camps über die Ursache und den Stand des Ausstandes referierte. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute im Saale der Wwe. Winnighoff tagende, von mehr als 1000 Personen besuchte Volksversammlung ist nach dem auflösenden Referate des Bezirksvorsitzenden, Herrn Camps zu der Ueberzeugung gekommen, daß in der Angelegenheit betreffend die Differenzen bei der Firma Biederlack u. Cie. die Arbeiter alles versucht haben, um ohne Streit die Differenzen zu erledigen. So sehr man auch bebauern muß, daß es zum Streit kommen mußte, so hofft die Versammlung doch, daß baldigt wieder eine Verständigung kommt, umso mehr, wenn die Arbeiter die bis jetzt anzuerkennende Ruhe bewahren. Die Versammlung verspricht den Arbeitern auch ferner alle Sympathie und moralische Unterstützung.“

Die Arbeiter sind einig und hoffen, daß sie auch zum Ziele kommen. Sie erwarten aber auch von der Solidarität der übrigen Berufscollegen, daß diese die Firma meiden. Dann wird auch diese zu der Ansicht kommen, daß es ohne Arbeiter doch nicht geht.

Jöllenbed.

Schon beinahe vier Wochen dauert der Ausstand bei der Firma Delius u. Sohn, und noch immer keine Verständigung. Wohl hat Herr Delius am 24. März drei Stunden mit den Arbeitern unterhandelt. Eine Lohnaufbesserung will aber Herr Delius den Webstuhlwirern nicht zugestehen. Und doch ist der Wohlstand im vorigen Jahre um 5-8 Pfg. pro Meter gekürzt, wovon die Weber 3-5 Pfg. zurückfordern. Durchschnittsverdienst ist 600 Mark. Die Forderungen der Weber sind daher ganz gerecht. Sollte nicht bald eine Verständigung kommen, dann werden viele Weber andere Arbeit suchen, und die Firma hätte das Nachsehen. Arbeitswillige

werden unter den bisherigen Verhältnissen wohl fernbleiben. Die Arbeiter sind auch entschlossen, nicht eher wieder die Arbeit aufzunehmen, bis die Forderungen erfüllt sind.

Schwelm.

Einen schönen Erfolg haben unsere Kollegen, dank ihres gemeinsamen Vorgehens und der sozialpolitischen Einsicht des Herrn Arbeitgebers, bei einer hiesigen Firma erzielt. Ihre Forderungen wurden so gut wie alle bewilligt und zwar: Der Tagelohn wurde von 2,50 auf 3,00 M. erhöht. Feiertagsarbeiten, wofür bis jetzt nichts vergütet wurde, wird jetzt pro 100 Faden mit 10 Pfg. bezahlt. Die Löhnung, welche sonst Samstag nach Feierabend stattfindet, soll jetzt dem Wunsche der Arbeiter entsprechend, Freitag während der Arbeitszeit stattfinden. Die Arbeitszeit wurde von 10 1/2 Stunden auf 10 1/4 Stunden reduziert. In diesem einen Punkte wurde dem Wunsche der Arbeiter nicht ganz entsprochen, denn die Arbeiter wollten die 10-kündige Arbeitszeit. Wir sehen an diesem Beispiele wieder so recht, daß organisierte Arbeiter (es kamen hier in der Mehrheit Mitglieder unseres Verbandes in Betracht) auch auf friedlichem Wege Verbesserungen ihrer Lage erzielen können. Mühen doch die bisher noch unorganisierten Arbeiter von Schwelm daraus die Lehre ziehen, daß sie sich der Organisation anschließen müssen in ihrem eigenen Interesse.

Mitteilungen aus dem Verbandsgebiete.

Brake-Wilke. Am 29. März fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Bezirksvorsitzender Camps referierte über die letzten Vorkommnisse innerhalb unseres Bezirks und des Verbandes. Ausführlich wurde über den Stand der Streits in Jöllenbed und Greven berichtet. Ueber ersteren waren hier schon anwohne Gerichte in Umlauf. Der Sachverhalt ist folgender: Eine dreiständige Verhandlung der Arbeiter in Jöllenbed mit Herrn Delius am 24. März hatte zu keiner Verständigung geführt, weil Herr Delius den Webstuhlwirern keine Zugeständnisse machen wollte. Mehrere Arbeiter haben schon anderwärts Beschäftigung gefunden, andere werden folgen. Arbeitswillige kommen nicht, und steht daher der Betrieb so ziemlich still. Zwei Blöckstühle laufen. In Greven hatte der Bezirksvorsitzende und der Arbeiterausschuss eine längere Besprechung mit dem künftigen Gewerbeamt gehabt, deren Resultat hinsichtlich die Gründung einer Verbandsgruppe bilden wird. In dieser Fabrik ist vom vier Spinnmaschinen eine lediglich in Betrieb. Die Weberei steht ganz still. In beiden Orten ist die Arbeiterschaft einig, und ist wohl zu hoffen, daß die Differenzen bald zu gunsten der Arbeiter erledigt werden. Dann wurde auch über die Verbandsaufstellung berichtet. Besonders wurde der einstimmige Beschluß über die Beitragsberechnung und die Gründe dafür hervorgehoben. Für eine so ganz junge Ortsgruppe wie Brake-Wilke sei es ja nun nicht angenehm, so schnell schon den Beitrag erhöht zu bekommen. Es sei aber nicht durchführbar, die Beiträge für jede Ortsgruppe verschieden festzusetzen. Andererseits würden aber auch die Verbandsleistungen bedeutend höhere. Auch für unsere Ortsgruppe würde der Anteil des Verbandes sich über kurz oder lang zeigen. An alle wurde die Bitte gerichtet, doch ja wegen der erhöhten Beiträge nicht wieder auszutreten, sondern noch mehr wie bisher für die Annahme neuer Mitglieder tätig zu sein. Nicht rückwärts, sondern vorwärts! müsse die Lösung sein für Alle, die eine Besserung ihrer Lebensstellung wünschten. Der Vorsitzende Henke besprach nun die richtige Gewerkschaftsarbeit. Wie bei jedem großen Unternehmen viele Arbeiter mitwirken, um ein großes Werk zu vollenden, so müßten auch an dem großen Unternehmen, die Lebenslage des Arbeiters besser zu stellen, viele Arbeiter gemeinsam arbeiten. Große Hindernisse haben auch wir. Erst müßten wir die Mitglieder für den Verband gewinnen. Dies sei in ansehnlicher Zahl geschehen. Nun käme die Beitragsberechnung. Bewußt für eine junge Ortsgruppe ein großes Unternehmen. Das Hindernis dürfe uns nun aber nicht zurückhalten an der Gewerkschaftsarbeit, sondern wir müßten diese Feuerprobe als echte beweisende Arbeiter gut bestehen. Wir könnten zwar nicht sagen, wie ein Damastweber H. S.: „Ich bin der zweitreichste in der Fabrik. Ich habe Geld genug und keine Unterstützung nötig.“ Dies sei kein Ausspruch, der sich für einen Arbeiter ziemig. Wir müßten uns Alle gegenseitig unterstützen und darum Alle hinein in den Verband. Da sehr gewünscht wurde, daß auch hier mal eine Referentin käme, so verpicht der Bezirksvorsitzende, wenn eben möglich zu sorgen, daß Frä. Knorr am 7. April nach hier komme. Dies wurde freudig begrüßt. Mit einem Hoch auf die christliche Berufsorganisation wurde die Versammlung, die neues Leben und neue Schaffensfreudigkeit in unsere Ortsgruppe gebracht hat, geschlossen.

Corfsenbroich. Am Sonntag, den 19. März hielt unsere Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung ab, welche leider nur schwach besucht war. In einem einstündigen Vortrage behandelte Kollege Driehen-Betttrah zuerst die Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaften und legte sodann den Zweck und die Notwendigkeit der Organisation auseinander. Während des Vortrages beehrte uns der Herr Pfarrverwalter Otto von hier mit seinem Besuche, welcher von allen Anwesenden lebhaft begrüßt wurde. An das Referat schloß sich eine lebhaft diskutierte, um der sich auch der Herr Pfarrverwalter beteiligte. Letzterer bewies in kurzen aber klaren Worten, daß es nicht eines jeden, dem Arbeiterstande angehörigen sei, sich zu organisieren, weil nur dadurch der Arbeiterstand gehoben und das Gemeinwohl gefördert werden könne. In der Schlussrede forderte der Referent die nicht organisierten Anwesenden auf, dem Verbandsbeitritt, worauf einige Neuaufnahmen erfolgten. Um 9 Uhr schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Cuchenheim. Am 25. März tagte hier eine Versammlung des christlichen Textilarbeiter-Verbandes. Der Vorsitzende der Cuchenheimer Ortsgruppe, Kollege Hamacher, hielt einen längeren, mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Schulung und Bildung des Arbeiters in der Gewerkschaft. In leicht verständlichen Worten führte er die Notwendigkeit der Bildung der Arbeiter den Zuhörern vor Augen. Es sei nicht genug, so führte er aus, dem Verbandsbeitritt und die Beiträge zu bezahlen, man müsse sich auch gewerkschaftlich ausbilden durch Bewohnen der Versammlungen und durch Lesen gewerkschaftlicher Bücher usw., besonders empfahl Referent die Benutzung der Verbands-Bibliothek. Herr Coenen-Cuchenheim referierte über die Notwendigkeit und Zusammensetzung der Arbeiter-Ausschüsse. Nachdem der Vorsitzende noch die Leistungen und Bestrebungen des christlichen Textilarbeiter-Verbandes darlegte und auf eifriger Agitation, besonders zur Kleinagitation aufgefordert hatte, meldeten sich gegen 30 neue Mitglieder zum Verbandsbeitritt.

Eusdetten. Am 25. März hielt unsere Ortsgruppe eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Kollege Günner hielt ein kurzes Referat über den Wert statistischen Materials. Hierüber entspann sich eine sehr rege Diskussion. Darauf wurden einige interne Ortsgruppenangelegenheiten erledigt. Zum Schluß beschloß die Versammlung, auf Anregung des Vorsitzenden, die Errichtung einer Bibliothek. Hierzu wurden vorläufig 50 Mark aus der Ortsgruppenkasse bewilligt.

Glauchau. Unsere Ortsgruppe hielt am 12. und 25. März Versammlungen ab. Beide dienten dem inneren Ausbau sowohl als auch der Agitation. Die Versammlung am 12. März fand im Kreiskaufhaus statt und war gut besucht, auch von mehreren Gästen, Mitgliedern des evang. Arbeitervereins. Zunächst wurden die Wahlen zum Vorstand vorgenommen. Der bisherige Leiter der Gruppe, Kollege Gehrmann, wünschte, daß die Gruppe die Leitung ihrer Geschäfte nun selbst in die Hand nehme, erklärte sich dann jedoch auf allerseitiges Verlangen bereit, das Amt des Vorsitzenden solange zu behalten, bis die Gruppe sich noch besser entwickelt hat und eine größere Anzahl Mitglieder besitzt. Zum Schriftführer, Kassierer und

Wetter warben gemäßigt die Kollegen Max Friedrich, Aug. Wappler und Robert Starke. Um möglichst bei anwesenden Gästen, welche zugleich Mitglieder des evang. Arbeitervereins und des deutschen Textilarbeiterverbandes waren, zu gewinnen, fand eine Durchsprechung des Statuts statt, welche für Alle aufklärend wirkte.

In der Versammlung am 25. März referierte Kollege W. Gehrmann über seine Tätigkeit bei der politischen Anmeldung des Vereins und verschiedene andere Punkte. Da die hiesige Polizeibehörde ein Lokalstatut verlangt, das aber nach Ansicht aller Anwesenden nur auf dem Verbandstatut sich aufbauen kann, wurde diese Arbeit dem Referenten übertragen. Eine längere Verhandlung erforderte die Verteilung der Agitation. Da die Mitglieder über die ganze Stadt und Umgebung verteilt wohnen, wurden schließlich auf Antrag des Vorsitzenden die Kollegen E. Langer und E. Traubendorf als Vertrauensmänner gewählt. Hierbei wurde bezüglich der Agitation ausgesprochen, daß in bezug auf unsere Organisation sowohl unter den Organisierten als auch unter den Unorganisierten noch viele falsche Vorstellungen herrschen. (Den Wünschen der dortigen Arbeiter hat der Verbandsauschuß Rechnung getragen, indem er die baldige Freistellung eines evangelischen Kollegen als Sekretär für die dortige Gegend genehmigte. D. N.) Dann wurde noch der Zeitpunkt für die Versammlungen festgesetzt. Die nächste soll noch einmal bei W. Gehrmann am 8. April stattfinden, von da ab aber jeden ersten Sonntag im Monat im „Weißerhaus“.

Imgebrück. In unserer gutbesuchten außerordentlichen Generalversammlung am 26. März zu Gengen teilte Kollege Kupper mit, daß die freiwillige Sammlung zugunsten des verstorbenen Kollegen Janßen 10,80 M. ergeben habe und dankte namens dessen Eltern. Dann berichtete der Schriftführer eingehend über den Verlauf der stattgehabten Bezirksgeneralversammlung. Unser Vorsitzender, Kollege Neuh, referierte außerdem über Tarifverträge und Beitragserhöhung. In längeren Ausführungen wies er darauf hin, daß durch Abschluß von Tarifverträgen die Gleichberechtigung der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete gesichert werde. Ferner, daß eine gewisse Stetigkeit im Verufe platzgreifend und der Konkurrenz einzelner Fabrikanten Einhalt geboten werde. Um aber nun bei Abschluß solcher Verträge möglichst Vorteile zu gewinnen, müßten wir die wirtschaftliche Macht der Unternehmer paralysieren durch starken Ausbau unserer Organisation und durch Stärkung unserer Kasse. Zum Schluß brachte er eine Reihe Gründe für die Beitragserhöhung vor und bat die Mitglieder, dem Verbande ihre Treue zu bewahren. In der sehr lebhaften Diskussion sprachen sich die Kollegen mit Befriedigung aus über den in Angriff genommenen allgemeinen Lohnstreik für Wochen und über das Resultat der Abstimmung zur Beitragserhöhung. Nach Erlebigung einiger Ortsgruppen-Angelegenheiten fand die schön verlaufene Versammlung ihren Abschluß. Wir glauben konstatieren zu können, daß uns die Beitragserhöhung keinen Verlust an Mitgliedern bringen wird, möge dem überall so sein.

Anmerkung. Eine recht sonderbare Auffassung scheinen noch viele Kollegen von der Krankengeldversicherung, überhaupt vom Krankenversicherungswesen zu haben. Sehr oft sieht man hierin eine Gewähr, der jahrelangen gezahlten Beiträge wieder habhaft zu werden. Diese Meinung scheinen auch wohl die Gewerbetreibenden aus Gengen gehabt zu haben. Reide hatten nämlich infolge Krankheit, wenigstens konnten wir nicht anders annehmen, schon längere Zeit Krankenunterstützung bezogen. Als aber nun dieselben an den beiden Hospitälern sich dem angestregten Lohne ergaben, sah sich der Vorstand veranlaßt, sie als nicht mehr krank anzunehmen und ihnen das Krankengeld zu entziehen. Sie nahmen kurz nachher die Arbeit auf, lehrten aber aus „Rache“ für ihnen zugefügtes Unbill“ dem Verbande den Rücken und drohten auch noch den Austritt zweier weiterer Brüder an. Es ist dieses kurz der Sachverhalt, den wir mit dem Bemerken unsern Mitglieder bekannt geben, sich doch nicht von diesen Nacharbeiterkollegen aufregen zu lassen.

Sambrecht. In einer am 23. März von der Ortsgruppe des christlichen Textilarbeiterverbandes einberufenen Gewerkschaftsversammlung sprach Gewerkschaftssekretär Fischer-Mühlhausen über das Thema: „Der christliche Gewerkschaftler, wie er sein soll.“ Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die zahlreichen Versammlungsbesucher den Worten des Referenten, und großer Beifall wurde ihm am Schluß seines Vortrages zuteil. In der Diskussion sprach noch Gewerkschaftssekretär Bernzonn-Neuhadt. Der Referent kam in seinem Schlusssatz auf die Beitragserhöhung zu sprechen und lobte besonders den einstimmigen Beschluß unserer Ortsgruppe für die vom Zentralvorstande vorgefertigten Beiträge. Nach Schluß der öffentlichen Versammlung wurde dann eine Mitgliederversammlung abgehalten. Kollege Fischer-Mühlhausen sprach über die Vorteile eines Unterrichtsvereins. Es wurde beschlossen, einen solchen zu errichten, und meldeten sich gleich 25 Teilnehmer an. Jeden Donnerstag soll der Unterrichtsverein abgehalten werden, in den Stunden von 8-10 Uhr. Der Anfang wird stets präzis sein. Dies mögen sich die Mitglieder gut merken. Einige Kollegen wurden in den Verband aufgenommen. Kollege Bah schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß fürderhin alle Versammlungen so zahlreichen Besuch aufzuweisen hätten.

Maulburg Baden. (Unfalsch verspätet). Am auch im vorderen Biental den christl. Gewerkschaftsgedanken bei den Arbeitern und Arbeiterinnen zu verbreiten, wurden am 18. und 19. Februar drei öffentliche Versammlungen abgehalten, in welchen Gewerkschaftssekretär Fischer-Mühlhausen referierte. Die erste Versammlung fand am Samstag Abend in Brombach statt, war aber leider, da an genanntem Orte noch eine ungeheure Gleichgültigkeit und Bergnügungssucht unter den Arbeitern herrschte, nur schwach besucht. Denoch sprach der Referent in einem einleitenden Vortrag über die Notwendigkeit der Arbeiter- und Arbeiterinnenorganisation. Die Versammlung war interessant, da ein Genosse sich in der Diskussion zum Wort meldete und einen Vorschlag aufstellte, welcher wirklich nicht interessant war. Schlagartig war die Erwiderung des Referenten. In seinem Schlusssatz forderte derselbe die Anwesenden auf, sich dem christlichen Textilarbeiterverbande anzuschließen und dafür zu sorgen, daß auch bald wieder in Brombach eine Ortsgruppe zustande komme. Es meldeten sich auch wieder einige Kollegen an, welche früher schon einmal Mitglieder waren, es zeigten, daß auch bei ihnen der Gewerkschaftsgedanke nicht ganz erloschen ist. Wenn vorläufig auch nur eine Zahlstelle gegründet wurde, so steht doch in Aussicht, daß bald wieder eine Ortsgruppe bestehtig entstehen wird.

Am darauffolgenden Sonntage fand zunächst in Maulburg eine gut besuchte Versammlung statt, in welcher Kollege Fischer in höchst reichhaltigem Vortrage über das Thema sprach: „Der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier und seine Lehren für die Arbeiter.“ Nachdem der Referent in seiner Weise die „freien“ Gewerkschaften und die sozialdemokratischen beachtete, griffen die Genossen, welche in großer Zahl erschienen waren, in die Diskussion ein und wollten es nicht verhehlen, weshalb man besondere christliche Gewerkschaften gegründet hätte. Kollege Fischer hat es ihnen gründlich verständlich gemacht, warum wir uns christlich organisieren. Jedenfalls werden diese Genossen es aber doch ziehen, wenn Kollege Fischer wieder einmal kommt, ihn nicht mehr anzugreifen; denn als der letzte Genosse zum Wort kam, hat er den Referenten, diesmal die Erwiderung etwas „gnädig“ zu machen, was dann auch geschah ist. Diese Versammlung hat nun vor allem einmal unsere Mitglieder, welche zum Teil noch junge Gewerkschaftler sind, über manche Fragen aufgeklärt. Nachdem diese Versammlung geschlossen war, ging es nach Steinen, wo abends eine ziemlich gut besuchte Versammlung stattfand. Kollege Fischer sprach dortselbst in einleitendem Vortrag über die Notwendigkeit der Arbeiterorganisation. In der Diskussion aber sprach hier niemand, obgleich wir es hier am ehesten erwarten hätten. Eins aber müßten wir noch hervorheben, nämlich daß in dieser Versammlung auch die Herren aus dem dortigen Betriebe sich eingefunden hatten, was sonst im Biental nicht der Fall ist, und wie aus ihrem Benehmen zu ersehen war, mit den Ausführungen des Referenten ziemlich einverstanden waren. Auch die anwesenden Genossen verhielten sich ruhig. Auch hier meldeten sich einige Arbeiter und Arbeiterinnen an, und so ist zu hoffen, daß bald eine Ortsgruppe entstehen wird. Aufgabe der neuangeworbenen Mitglieder muß es vor allem sein, durch fleißige Agitation ihre Zahlstellen zu vergrößern.

Mühlhausen i. E. Am 19. März hielt unsere Ortsgruppe eine sehr gut besuchte Privatversammlung ab. Kollege Fischer-Fischer referierte über das Thema: „Warum organisieren wir uns?“ Ausgehend von der Willkürherrschaft, wie sie zur Zeit der Sklaven- und Horden bestand, zeigte Redner, wie auch jetzt noch der einzelne Arbeiter, trotz des freien Arbeitsvertrages, vielfach noch

Willkür des Arbeitgebers preisgegeben ist; erst durch die Koalition, durch den Zusammenschluß der Arbeiter wird der Arbeitsvertrag wirklich frei. Doch unsere dem Industriebesitzstandes huldigenen Großindustriellen wollen diese Gleichberechtigung nicht anerkennen. Sie sehnen sich nach der Zeit zurück, wo eben der Hörige seinem Herrn direkt als Knecht unterthan. Deshalb ist eine unserer Hauptforderungen immer und immer wieder: praktische Anerkennung der vom Gesetz schon längst ausgesprochenen wirtschaftlichen Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitern. Der Referent kam auch auf die Beitragserhöhung zu sprechen; er zeigte, wie voriges Jahr in Baden bei der Erhöhung der Beiträge im Holzarbeiterverband fast sämtliche Ortsgruppen nicht zurückgegangen sind, sondern ihre Mitgliederzahl seither fast alle verdoppelt haben. Nachdem der Referent noch manche praktische Anregung gegeben, schloß er seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. Die Versammlung nahm einen anregenden Verlauf, und hoffen wir bestimmt, daß unsere Mitglieder jetzt mit verdoppeltem Eifer für die Verbandssache tätig sein werden.

Neustadt D. S. Unsere öffentliche Versammlung am 18. März war zahlreich besucht und nahm ein sehr schönen Verlauf. Es hatten sich gegen 70 Arbeiterinnen eingefunden. Kollege Wehrker als Leiter der Versammlung, hieß besonders die beiden Referenten, die Arbeitersekretäre Langer-Breslau und Binkowski-Neise, willkommen. Als erster Redner sprach Herr Langer über das Thema: „Warum müssen wir uns christlich organisieren?“ Redner schilderte in seinem, von sterner Beifallsbezeugungen begleiteten Vortrag die Entstehungsgeschichte, sowie die Zwecke und Ziele der christlichen Gewerkschaften im Gegensatz zu den „freien“ Gewerkschaften, welche nur Betruenen in der Sozialdemokratie seien. Zum Schluß forderte er die Unorganisierten auf, die Gelegenheiten nicht unbenutzt vorbegehen zu lassen und den hiesigen Zahlstellen der christlichen Verbände beizutreten.

Als zweiter Redner behandelte Arbeitersekretär Binkowski das Thema: „Ein offenes Wort an die Arbeiterinnen.“ Das Los der Arbeiterinnen, so führte dieser Redner aus, sei bei der Verbesserung bedürftig. Deshalb sei es notwendig, daß die Arbeiterinnen sich organisieren und Schutten an Schutten mit ihren organisierten Arbeitsbrüdern für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage eintreten. Die Versammlung dankte auch diesem Redner durch lebhaftes Bravo. Kollege Wehrker dankte den Referenten noch besonders und hob noch hervor, daß wir es unserer Familie schuldig seien, den Organisationsgeist zu pflegen, damit unsere Söhne, wenn sie in der Fremde wären, sich dort nicht den freien, sondern den christlichen Gewerkschaften anschließen. Nach Schluß der Versammlung meldete sich eine bedeutende Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen der Textil- sowie der Schuh- und Lederbranche als Mitglieder an.

Schiefbahn. Am Samstag, den 25. März fand im Gersheim'schen Saale eine von der hiesigen Ortsgruppe einberufene öffentliche Versammlung statt. Nach Eröffnung derselben vom Vorsitzenden erhielt Fraulein Zimle aus M.-Gladbach das Wort über das Thema: „Die Notwendigkeit der Organisation, besonders für die Arbeiterinnen.“ Sie stellte zuerst die Frage: Warum organisieren wir uns? dazu bemerkend, daß die soziale Frage heutzutage eine Weltfrage geworden sei. In feierlichen Worten verstand es Rednerin, den Anwesenden die Notwendigkeit der Organisation klar vor Augen zu führen. Es wies darauf hin, wie besonders die Arbeiterinnen verpflichtet wären, die Organisation zu stärken, um dadurch bessere Verhältnisse zu schaffen. Mit einem warmen Appell an die Arbeiterinnen schloß Rednerin ihre Ausführungen. Nach einer kurzen Pause erhielt dann unser Bezirksvorsitzender Herr Bah das Wort über das Thema: Die Lage der Stoffweber am Niederrhein. Eingangs machte Redner die erfreuliche Mitteilung, daß durch die Urabstimmung die Beitragserhöhung zum Beschluß erhoben sei. Zu seinem eigentlichen Thema übergehend, führte Redner den Anwesenden den Übergang der Stoffindustrie vom Handbetrieb zum mechanischen vor Augen. Zahlreich seien die Mißstände, welche sich im Laufe der Zeit eingeschlichen hätten. Auf Grund reicher Materials bewies Redner, daß diese Mißstände besonders auf dem Lande in krasser Weise zutage treten. Beispielsweise hätten die im vorigen Jahre ausgegebenen Fragebogen ergeben, daß die auf dem Lande ansässigen Firmen, zu denen auch die Firma Deuk u. Dettler gehörte, einen bedeutend niedrigeren Lohn zahlte als die Firma Königberger, und diese zahlte noch nicht die höchsten Löhne. Weiter verbreitete sich Redner über die Schädlichkeit des Zweitarifsystems und wies darauf hin, wie durch dasselbe der Arbeiter einerseits zu einer immer höheren Kraftanstrengung gezwungen werde, andererseits das Verdienst aber dadurch immer geschmälert würde. Durch Statistik sei es bewiesen, daß in der Fabrik mit Eintragsystem bedeutend höherer Verdienst erzielt würde. Rummel sprach Redner von den Arbeiterinnen, daß man nämlich in manchen Fabriken darauf bedacht sei, nur recht viele derselben einzustellen, und warum? Nun, weil man eben leichter damit fertig werden kann betreffs des Lohnes. Eigentlich müßte doch für gleiche Arbeit auch der gleiche Lohn gezahlt werden. Dieses alles könne jedoch nicht beibehalten werden ohne eine gute Organisation. Da nun eine Anzahl Meister aus hiesiger Fabrik sich eingefunden hatten, bemerkte er noch, daß die Meister der Organisation nicht entgegen arbeiten sollten, da dieselbe ihnen ja nicht zum Nachteil, sondern vielmehr zum Vorteil dienen könnte. Zum Schluß forderte er alsdann alle Arbeiter und Arbeiterinnen von Schiefbahn und Umgegend auf, doch endlich mal aufzuwachen aus ihren Träumen und sich der Organisation anzuschließen und zwar Mann an Mann, denn auch bei der Firma Deuk u. Dettler seien noch Mißstände genug vorhanden. Alsdann konnte man auch ein offenes Wort mit dem Herrn Kommerzienrat sprechen, und hoffentlich würde derselbe dann auch seine milde Hand aufheben, oder vielmehr seinen Beutel. Reicher, langanhaltender Beifall wurde ihm zuteil für seine Worte. — Zwei Diskussionsredner aus unserer Ortsgruppe munterten auch die Anwesenden auf zum Beitritt in die Organisation. Hieraus meldete sich eine große Anzahl zum Beitritt an. Nach einem kräftigen Schlusssatz des Vorsitzenden schloß derselbe die schön verlaufene Versammlung.

Schiefbahn. In unserer Mitgliederversammlung am 15. März wurde zuerst das Andenken der verstorbenen Kollegin Anna Kasiwaki durch Erheben von den Sihen geehrt. Zu Punkt: Verbandsangelegenheiten, verlas der Vorsitzende aus Nr. 9 unseres Organs den Artikel: „Ein Brief an die Arbeiterfrau“, dessen Inhalt von den Kolleginnen und Kollegen freudig aufgenommen wurde. Darauf machte der Vorsitzende bekannt, daß die Urabstimmung betreffs der Beitragserhöhung in unserer Ortsgruppe ein gutes Resultat ergeben hat. Von den Kollegen wurden einige Mißstände auf der hiesigen Jute-Spinnerei einer scharfen Kritik unterzogen. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende, Kollege Kreyer die Anwesenden, für die nächste Versammlung fleißig zu agitieren, damit wir in 14 Tagen ein vollbesetztes Haus haben. Vom Gewerkschaftsamt Hamburg war der Vorsitzende, Kollege Vogler, in unserer Versammlung anwesend.

Verammlungskalender.

- Kollegen und Kolleginnen, besucht stets unsere Versammlungen! Es ist eure Ehrenpflicht!
- Nachen. 10. April, 8 Uhr, bei Franzsen, Kleinmarckstr. 19, Delegiertenklub.
 - Nachen-Burtscheid. 19. April, 8 1/2 Uhr, bei A. Scheidweiler.
 - Marath. 16. April, 6 Uhr, im Kaiseraal, Ostbad Loup.
 - Scheenburg. 9. April, 1 1/2 Uhr, bei Walter Koll, Kirchstr.
 - Wochelt. 9. April, 11 Uhr, bei Juppung. 5 Uhr, bei Juppung, Arbeiterinnenversammlung.
 - Wochelt. 12. April, Arbeiterbetreuer-Verein.
 - Wochelt. 14. April, 8 1/2 Uhr, Unterrichtsamt.
 - Vorles. 9. April, 1 1/2 Uhr, beim Ehrenamtlich H. Sonntag.
 - Vorghorft. 16. April, 11 Uhr, bei Franz Dverfeg.
 - Vreyell. 9. April, 10 1/2 Uhr, bei Joh. Bruns.
 - Corneilsmünster. 16. April, 5 1/2 Uhr, bei E. Foubé, Breisig.
 - Delmenhorst. 16. April, 4 1/2 Uhr, bei H. Kollege.
 - Dinklage. 9. April, 8 Uhr, bei H. v. d. Hall.
 - Düsseldorf. 9. April, 11 Uhr, im Kaufhaus.
 - Elberfeld. 15. April, 8 1/2 Uhr, bei Herckmann, Klopshaus 5.
 - Esslingen. 16. April, 5 Uhr, bei Peter Wäld.
 - Gera. 9. April, 3 Uhr, im Friedrichsplatz in Langenberg.
 - Großen. 9. April, gleich nach dem Hochamt, bei W. Wanninghof.
 - Springen in Warttemberg. 16. April, 1 1/2 Uhr, im Gasthaus „Zum Schützen“ in Groß-Eisingen.

- Hannover-Linden. 18. April, 8 Uhr, im Vereinshaus Concordiastr. 14.
- Hardterbroich-Besch. 9. April, 6 Uhr, bei J. Müller, Bonnenbrunn.
- Hardt. 15. April, 1/2 Uhr, bei Geschwister Püllen.
- Selenabrunn. 16. April, 6 1/2 Uhr, bei Ferdinand Woxh.
- Silben. 12. April, im Markt.
- Sillegoffen. 9. April, 5 Uhr, bei W. Sietmann.
- Sils. 9. April, 1/2 Uhr, bei W. Jorfen.
- Süßen. 16. April, 6 1/2 Uhr, bei Schmidem.
- Kalsterberg. 9. April, 6 Uhr, bei Egidius Hermanns.
- Krefeld. 9. April, 1/2 Uhr, in der „Unitas“.
- Krefeld II. 16. April, 11 1/2 Uhr, bei Heiners, Schinkenplatz.
- Krefeld IV. 16. April, 11 1/2 Uhr, bei Jubbey, Süd-u. Tannenstr. 10.
- Krefeld V. 16. April, 11 Uhr, bei Knöfel, Löwenburg.
- Kolbermoor. 9. April, 1/2 Uhr, in der Kreislichen Gastwirtschaft.
- Laaken (Blombacherbach). 9. April, 6 Uhr, bei Edm. Schneider.
- Lambrecht. Jeden Donnerstag, 8 Uhr, bei Scheen, Unterrichtsabend.
- Lobberich. 9. April, 8 1/2 Uhr, bei Aug. Krummreich.
- Martrich i. E. 9. April, 2 Uhr, bei Witwe Const. Goutmann.
- Neuiges. 8. April, 8 Uhr, bei Kinnestamp.
- Neuwerk. 9. April, 6 Uhr, bei Heim. Speckmann (Markt).
- Neerfen. 15. April, 9 Uhr, beim Ehrenamtlich Sub. Markt.
- Neumünster. 16. April, 4 Uhr, bei Knickelm, Großflecken 5.
- Nordhorn. 16. April, 5 Uhr, in der Kriegerhalle.
- Nordhof. 9. April, 3 Uhr, bei Ewald Trändle, „Zum Löwen“.
- Rheine. 9. April, 11 1/2 Uhr, bei Hermes.
- Rhede. 16. April, 4 Uhr, bei Köffing.
- Roetgen. 16. April, 5 1/2 Uhr, bei August Gilleßen.
- Schiefbahn. 16. April, 7 Uhr, bei Heim. Kaiser.
- Schvelm. 8. April, 8 1/2 Uhr, im evangelischen Vereinshaus.
- Waals (Holland). 9. April, 6 1/2 Uhr, bei Jos. Fueters, Waalstr. 10.
- Wann. 8. April, 8 1/2 Uhr, bei Witwe Peter Hennekes.
- 9. April, 6 Uhr, bei Pet. Voers.
- Waldenheide. 9. April, 4 1/2 Uhr, bei Jakob Kahlen.
- Waldhausenerhöhe. 8. April, 1/2 Uhr, bei Witwe Uebach.
- Werden (Ruhr). 8. April, 8 1/2 Uhr, bei Klappor, Markt.
- Wüllich. 9. April, 6 Uhr, bei Peter Lütters (oben) Familienabend und Generalversammlung, nur für Mitglieder.
- Wündberg. 16. April, 6 Uhr, bei Witwe Peter Baues.

M.-Gladbach-Lürrip. Konsumverein „Einigkeit“, e. G. m. b. H. Sonntag, den 16. April, punkt 6 Uhr abends findet im Lokale der Geschw. Püllen außerordentliche Versammlung statt. T. D.: 1) Vortrag über die Grundzüge der Genossenschaft, 2) Baderfrage, 3) Verschiedenes. Anträge zu dieser Versammlung müssen bis zum 13. April beim Unterzeichneten schriftlich angemeldet sein. Der Aufsichtsrat: J. A.: Jos. Esser.

Hardt. Gewerkschaftskongress-Verein „Einigkeit“, e. G. m. b. H. Sonntag, den 16. April, punkt 6 Uhr abends findet im Lokale der Geschw. Püllen außerordentliche Versammlung statt. T. D.: 1) Vortrag über die Grundzüge der Genossenschaft, 2) Baderfrage, 3) Verschiedenes. Anträge zu dieser Versammlung müssen bis zum 13. April beim Unterzeichneten schriftlich angemeldet sein. Der Aufsichtsrat: August Heiners, Vorsitzender.

Schiefbahn. Gewerkschaftskongress-Verein „Einigkeit“, e. G. m. b. H. Sonntag, den 9. April, abends 7 Uhr im Lokale des Herrn Heim. Kaiser, Generalversammlung. T. D.: 1) Vorlage der Bilanz, 2) Besprechung über die Zinsen- und Dividendenverteilung, 3) Neuwahl des Vorstandes und des auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder, 4) Verschiedenes. Hierzu sind sämtliche Mitglieder freundlichst eingeladen. Der Aufsichtsrat: Heinz Schinkels, Vorsitzender.

Waldhausen. Ordentliche Generalversammlung des Gewerkschaftskongressvereins „Solidarität“, e. G. m. b. H. Sonntag, den 16. April, nachmittags 6 Uhr, im Lokale von Joh. von der Burg. Tagesordnung: 1) Quartalsbericht, 2) Bericht über die letzte Generalversammlung der Zentrale, 3) Beschlussfassung über Umlegung unseres Amtes an der Unterbilg der Zentrale, 4) Mitteilungen. Zu dieser Versammlung laden wir die Mitglieder mit ihren Frauen freundlichst und bringen ein. Der Aufsichtsrat: J. A.: Johann Kammlers.

Nachen. Zur Bearbeitung des allgemeinen Lohntarifs bedürfen wir der in den hiesigen Firmen bereits eingeführten Lohn-tarife. Wir ersuchen unsere Auszubildenden in den Fabriken, uns eine Abschrift dieser Lohn-tarife zu besorgen. J. A.: J. Siffenich, Vorsitzender.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
Georg Strickrock in Neumünster.
Michael Thelen in Aachen-B.
Ehre ihrem Andenken!

Für die Ruhrbergleute gingen bei dem Unterzeichneten ein:	
Aus Hamburg	3.20 Mk.
Düsseldorf	1. — "
Borghorft	26.62 "
Ronsdorf	3.70 "
M.-Gladbach (Küppers)	5. — "
Barmen	44.45 "
Deichweiser bei Dären	22. — "
Siegentirchen	1. — "
Frageheim i. E.	2.20 "
Maulburg i. Baden	6. — "
Bergberg	2. — "
Gierath	0.45 "
117.63	
Früher 20664.65 Mk.	
Summa 20782.27 "	

Düsseldorf, den 3. April 1905.
Der Zentralvorsitzende: E. W. Schiffer.

Das Neueste in Herren- und Knaben-Anzügen.

In den geschäftlichen Zeiten von unsern Mitgliedern verfertigt, daher keine Fabrik-Ware, sondern garantiert solide Arbeit und saubere Ausführung aus nur haltbaren modernen Stoffen und mit entsprechend guten Zutaten versehen, ist namentlich für die gegenwärtige Saison in großer Auswahl am Lager.
Wir empfehlen daher:
Herren-Anzüge von 20 bis 50 Mk.
Jünglings-Anzüge " 12 " 32 "
Knaben-Anzüge " 3 " 20 "
Gleichzeitig machen wir auf unsere hervorragend schönen Kommunikanten- u. Konfirmanden-Anzüge im Preise von 9 bis 36 Mark, aus feinen tiefschwarzen Kamgarren und Chevots mit solchen Zutaten aufmerksam, die Abgang mit längstmöglicher Tragfähigkeit bereiten. Ebenso empfehlen wir einzelne Joppen, Hosen und Westen in allen Preislagen. Unsere Preise sind sehr billig und reell und weniger auf Verdienst, als auf den Zweck kalkulierend, unsern Mitgliedern anerkennend der Saison Arbeit zu verschaffen, daher es eine vortheilhaftere Bezugsquelle nicht geben kann.
Wir bitten um recht regen Zuspruch.
Gewerbliche Vereinigung in der Schneider-Tunung,
eingetr. Genossenschaft m. b. G.,
Breitestraße 106, Krefeld, Nähe der Dionysuskirche.